



HESSISCHER LANDTAG

02. 02. 2016

Plenum

Dringlicher Antrag der Abg. Schmitt, Decker, Hofmeyer, Kummer, Löber, Warnecke, Weiß (SPD) und Fraktion betreffend schwarz-grüne Landesregierung vernachlässigt Kommunen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

Das Land Hessen vernachlässigt in kaum zu überbietender Weise seine Unterhaltspflichten gegenüber den Kommunen.

Bis zum Jahr 2000 hatten die hessischen Kommunen im Ländervergleich die drittgeringsten Defizite. Mit der Regierungsübernahme der CDU in Hessen begann das Elend für die Städte, Gemeinden und Landkreise. Explosionsartig stiegen die Defizite, vom drittbesten Platz fiel Hessen auf den drittschlechtesten Platz zurück.

Ernst & Young fasst in ihrer Kommunalstudie vom September 2015 die Situation der hessischen Kommunen wie folgt zusammen: "Finanzlage desolat, keine Verbesserung in Sicht, massives Drehen an der Gebührenschaube." Das ist der objektive Befund der Situation der hessischen Kommunen.

Der neue Kommunale Finanzausgleich verbessert keineswegs die Situation der hessischen Kommunen. Mittelfristig verschlechtert er sogar die Mittelausstattung der Kommunen im Vergleich zu dem bis zum Jahr 2010 bestehendem Ausgleichssystem. Mit einem mathematisch verbrämten Rechenmodell kaschiert die schwarz-grüne Landesregierung, dass die von den hessischen Kommunen zu leistenden Pflichtausgaben um 1 Mrd. € zu gering veranschlagt werden.

Der sogenannte Schutzschirm hat nicht die in den Jahren 2010 bis 2014 zusätzlich entstandenen Defizite der hessischen Kommunen aufgefangen. Er wurde zudem durch die Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleiches ab dem Jahr 2011 von den Kommunen selbst finanziert.

Trotz Schutzschirm haben sich die Schulden der hessischen Kommunen weiter erhöht. Hessen gehört zu den Ländern, in denen die Schulden der Kommunen zwischen 2008 und 2013 sogar besonders stark anstiegen sind. So stellt die Bertelsmann-Stiftung in ihrem "Kommunalen Finanzreport 2015" (Seite 102) fest, dass ein Vergleich des Anstiegs der Schulden im Kernhaushalt von 2008 bis 2013 für die einzelnen Flächenländer interessante Unterschiede zeige. "Die größten Steigerungen verzeichnen dabei die Kommunen in Hessen, wo die Schulden in diesem Zeitraum in den Kernhaushalten um 55 % angestiegen sind."

Der Schutzschirm wurde zudem mit erheblichen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger erkaufte. Im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe finden sich zahlreiche Maßnahmen, welche die Einnahmen steigern bzw. Ausgaben durch Leistungskürzungen senken sollen. Nach einer Erhebung des DGB Hessen-Thüringen hat fast die Hälfte der "Schutzschirmkommunen" die Kitagebühren erhöht, es wurden sogar Kitas geschlossen. Im Jugendbereich wurden Angeboten in Jugend- und Familienzentren reduziert und im Seniorenbereich ebenfalls Kürzungen, Mittel für Hausaufgabenhilfen und die pädagogische Mittagsbetreuung wurden gekürzt. Musikschulen sind durch die Reduktion von Zuschüssen bzw. Gebührenerhöhungen betroffen. Bei Hallen- und Freibädern wurden die Eintrittspreise erhöht und auch Bäder geschlossen. Einschnitte bei ihren Museen (höhere Gebühren, geringere Ausstattung usw.) und bei Bibliotheken (höhere Gebühren, weniger Neuanschaffungen, Kürzungen bei den Öffnungszeiten bis hin zu Schließungen) sowie die Erhöhung von Kursgebühren bei den Volkshochschulen wurden ebenfalls vorgenommen.

Dass sich die finanzielle Situation bei einem Teil bei Kommunen verbessert hat, ist weder auf den neuen KFA noch auf den sogenannten Schutzschirm - besser als Knirps zu bezeichnen - noch auf das kommunale Investitionsprogramm zurückzuführen. Einzig und allein die bessere Konjunktur und Steuer- und Gebührenerhöhungen auf kommunaler Ebene sowie Leistungskürzungen sind die Ursache dafür. So wurden die Investitionen massiv gekürzt und wichtige kommunale Leistungen gestrichen. Die kommunalen Steuern und Gebühren sind in Hessen von 2010 auf 2014 um 370 Mio. € gestiegen und gleichzeitig die Investitionen um 750 Mio. € jährlich gekürzt worden. Dies hat die Landesregierung durch eine rigide und bevormundende Kommunalaufsicht erzwungen.

Es ist schon besonders dreist, auf Berliner Ebene eine gerechte Steuererhebung zu blockieren, aber auf hessischer Ebene die Kommunen zu zwingen, die Grundsteuern zu erhöhen, die gerade die Mieter voll trifft.

Die hessischen Kommunen erhalten bundesweit die geringsten direkten und indirekten Zuweisungen durch die für sie zuständige Landesregierung. Dies hat zur Folge, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen nicht die notwendigen Investitionen leisten können. Heruntergekommene Schulgebäude, Rüttelstraßen, fehlende Spielplätze oder Sportanlagen, geringe Energieschutzmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden zeigen das Ausmaß der Lage. Viele Kommunen verbrauchen damit ihre Substanz und haben keinen Spielraum für eigentlich notwendige Aufgaben.

Der hessische Teil des nun aufgelegten Kommunalen Investitionsprogramms ist unzureichend und beschränkt sich im Gegensatz zum Bundesprogramm weitgehend auf Darlehnsmittel.

Dies hat eine Landesregierung zu verantworten, die ihren Unterhaltungspflichten gegenüber den Kommunen nicht nachkommt. CDU und Grünen fehlt die notwendige Empathie für kommunale Interessen. Beide Parteien haben anscheinend nicht verstanden, wie wichtig für die Bürgerinnen und Bürger ein gutes Wohnumfeld ist. Sie haben nicht verstanden, dass Städte und Gemeinden richtig lebenswert erst durch gute kulturelle und sportliche Angebote vor Ort werden, Hilfen und Unterstützung für junge und ältere Menschen bieten müssen, gute und bezahlbare Kindergärten brauchen und öffentliche Gebäude und Straßen nicht verkommen dürfen.

2. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich ihren Verpflichtungen aus der hessischen Verfassung gegenüber den Kommunen nachzukommen.

Wiesbaden, 2. Februar 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

**Schmitt
Decker
Hofmeyer
Kummer
Löber
Warnecke
Weiß**